



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 20. Oktober 2023 | Ausgabe Nr. 138

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

Polen hat gewählt und nach jetzigem Stand scheint die derzeitige PiS-Regierung abgewählt und das Bündnis um Donald Tusk in der Lage, die künftige Regierung zu bilden. Das wäre ein starkes Signal für die Demokratie in Polen, die bilateralen Beziehungen zu Deutschland und die Rolle Polens in der Europäischen Union. Das Wahlergebnis zeigt auch: Populisten sind besiegt.

In der nächsten Woche kommen die europäischen Staats- und Regierungschefs zum Europäischen Rat zusammen.

Neben dem Krieg in der Ukraine wird auch das aktuelle Geschehen in Israel und dem Gazastreifen auf der Tagesordnung stehen. Bundeskanzler Olaf Scholz gab dazu in dieser Woche eine Regierungserklärung im Bundestag ab.

Der Kanzler nahm überdies an unserer kommunalpolitischen Konferenz am Freitag teil, die unter dem Motto „An der Seite der Kommunen. Transformation als Gemeinschaftsaufgabe.“ stattfindet. Pandemie, Krieg oder Inflation: Die Liste der kommunalen Aufgaben wächst.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion verstehen uns als Anwältin der Kommunen und freuen uns auf einen gewinnbringenden Austausch darüber, wie Kommunen handlungsfähig bleiben und ihre Zukunftsfähigkeit sichern können.

Euer



WEG FREI FÜR MEHR PHOTOVOLTAIK

Im Mai 2023 hat die Bundesregierung eine Photovoltaik-Strategie beschlossen und darin Potenziale von Photovoltaik (PV) in Deutschland benannt. Viele der in dieser Strategie aufgelisteten Punkte werden nun mit dem Solarpaket I umgesetzt. In dieser Woche brachte die Bundesregierung dazu den Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (sowie weitere energiewirtschaftsrechtliche Vorschriften) in den Bundestag ein, um zukünftig mehr Energie aus PV-Anlagen zu gewinnen. Kern des Entwurfs ist es, den Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern und an Gebäuden zu erleichtern.

Bisher sind PV-Anlagen mit einer Leistung von über 100 Kilowatt (kW) zur Direktvermarktung (das heißt zum Verkauf des eingespeisten Stroms an der Strombörse) verpflichtet. Aber: Verbraucht man den auf dem eigenen Dach gewonnenen Strom größtenteils selbst, kann man nur wenig Strom einspeisen).

Das heißt, die Kosten der Direktvermarktung übersteigen oft die Erlöse – man macht also ein Minusgeschäft. Die Folge: Die PV-Anlagen fallen kleiner aus, obwohl auf dem Dach Platz für eine größere Anlage ist.

Kostenfrei einspeisen

Der Entwurf will dieses Problem lösen: Künftig soll es die „unentgeltlichen Abnahme“ geben. Sie ermöglicht es bestimmten Anlagenbetreibern (die bisher an die Direktvermarktungspflicht gebunden waren), ihren überschüssigen PV-Strom ins Netz einzuspeisen – ohne Vergütung und ohne Kosten.

Balkon-PV

Auch die Nutzung von Balkon-PV-Anlagen erleichtert der Entwurf: Zum einen entfällt die vorherige Anmeldung beim Netzbetreiber. Zum anderen muss man künftig nur noch wenige, einfach einzugebende Daten im Marktstammdatenregister anmelden.

Freiflächenanlagen

Darüber hinaus zielt der Solarpaket I auf den Ausbau von Freiflächenanlagen (auch Solarpark genannt) ab. Künftig sollen vor allem Flächen in bisher benachteiligten Gebieten grundsätzlich für die EEG-Förderung freigegeben werden. Gleichzeitig sollen insbesondere PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen (Agri-PV) als nachhaltige Anlagen gestärkt und „Parkplatz-PV“ weiter gefördert werden.

» [Hier geht es zu meiner Rede zum Erneuerbare-Energien-Gesetz \(Energieversorgung\) im Bundestag vom 19.10.23](#)





SCHNELLERE GENEHMIGUNGSVERFAHREN IM VERKEHRSBEREICH

ZUVERLÄSSIGER, SICHERER UND KLIMAFREUNDLICHER

Als wichtiger Industriestandort ist Deutschland auf eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur angewiesen – ohne Engpässe und Staus. Die Bundesregierung hat deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau wichtiger Projekte im Verkehrsbereich beschleunigen und vereinfachen soll. Diesen berieten wir nun in 2./3. Lesung.

Schienenverkehr

Für die Schienenprojekte des Bedarfsplans (und bestimmte Nahverkehrs-Projekte) werden das überragende öffentliche Interesse sowie einfachere Regeln beim Artenschutz festgeschrieben. Der Schutzzumfang bleibt unverändert. So können künftig Schienenprojekte schneller umgesetzt werden. Auf dass mehr Verkehr über die Schiene läuft.

Autobahn- und Straßenverkehr

Ob durch Verkehrsengpässe oder Stauschwerpunkte: Stillstand im Autobahnnetz hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. Deswegen hält der Gesetzentwurf fest, dass die Engpassbeseitigung auf Autobahnen und der Aufbau einer Schnellladeinfrastruktur im überragenden öffentlichen Interesse liegen – sie haben also Vorrang bei der Abwägung von Schutzgütern (z.B. die Bereiche Bauplanungsrecht und Immissionsschutz, Natur- und Artenschutzrecht). Ferner entfällt die Genehmigungspflicht für Brücken, die im Zuge der Sanierung erweitert werden sollen – ebenso wie die

Pflicht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu machen. Damit wird der gesamte Planungs- und Genehmigungszeitraum halbiert.

Windkraft

Windkraftanlagen entlang von Autobahnen können künftig schneller gebaut werden – indem die Zustimmungsverfahren für die Straßenverkehrsbehörden einfacher werden. Außerdem: Wird eine Autobahn (um)gebaut, sollen PV-Anlagen einfach mitgebaut werden können. Dazu werden die nutzbaren Flächen speziell ausgewiesen.

Digitalisierte Verfahren

Planungs- und Genehmigungsverfahren (etwa bei Schienen- und Straßenprojekten) wird von der Antragstellung bis zur Genehmigung auch online durchgeführt werden können, wird der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur an Fahrt aufnehmen.





KRANKENHAUSTRANSparenZGESETZ

MEHR TRANSPARENZ UND QUALITÄT IN KRANKENHÄUSERN

In welcher Klinik werden welche Leistungen angeboten? Wie gut ist die jeweilige Einrichtung personell ausgestattet? Und wo können Patient*innen die beste Behandlung erwarten? Diese und weitere Fragen soll ein interaktiver Krankenhaus-Atlas beantworten, der im nächsten Jahr online gehen soll. Er soll für mehr Transparenz und bessere Qualität sorgen und als Informations- und Entscheidungsgrundlage bei der Wahl des Krankenhauses dienen.

Der erste Baustein der geplanten Krankenhausreform

In dieser Woche berieten wir den Entwurf von uns Koalitionsfraktionen für das Krankenhaustransparenzgesetz in 2./3. Lesung. Dieser sieht vor, ein eben solches Online-Register einzurichten. Es ist der erste Baustein der geplanten Krankenhausreform, die ab 2024 in Kraft tritt. Die Daten für das Online-Register werden größtenteils bereits erhoben und veröffentlicht. Allerdings sind diese für die Allgemeinheit bisher wenig verständlich und nur schwer zugänglich.

Das Verzeichnis soll folgende Informationen enthalten:

- Fallzahlen von Leistungen (z.B. Knie-OPs)
- personelle Ausstattung
- Komplikationsraten für ausgewählte Eingriffe
- die vorläufige Zuordnung der einzelnen Standorte zu Versorgungsstufen (Level).

Die drei Versorgungsstufen (Level)

Vorgesehen sind drei Level mit unterschiedlichen Abstufungen:

- Basisversorger (Level 1n)
- erweiterte Versorgung (Level 2)
- umfassende Versorgung bzw. den Uni-Kliniken (Level 3 bzw. Level 3U).

Fachkrankenhäuser und Krankenhäuser der Unfallversicherung (BG-Kliniken) werden gesondert im Register ausgewiesen.

Pflegeentgeltwert erhöhen

Außerdem unterstützen wir die Krankenhäuser in ihrer derzeit schwierigen finanziellen Situation weiter – die Beitragsätze bleiben dabei bestehen. Dazu erhöht sich der vorläufige Pflegeentgeltwert von 230 auf 250 Euro. Ferner werden Tariflohnsteigerungen beim Pflegepersonal auch unterjährig in den Pflegeentgeltwerten berücksichtigt. Auch mögliche Mindererlöse werden schneller ausgeglichen, wenn die Pflegekosten einer Klinik zuvor unterfinanziert waren.

AUSBILDUNGSVERGÜTUNG FÜR PFLEGESTUDIERENDE

Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sind der Schlüssel für dringend benötigte Pflegekräfte. Wer Pflege an einer Hochschule studiert, soll künftig für die gesamte Dauer des Studiums eine angemessene Vergütung erhalten. Dies gilt auch für derzeitige Studierende. Finanziert wird dies aus dem Ausbildungsfonds nach dem Pflegeberufgesetz.

PFLEGEAUSBILDUNG ATTRAKTIVER MACHEN

Zudem werden die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte einheitlicher und einfacher. Das Ziel: Mehr Pflegekräfte gewinnen und das Pflegestudium insgesamt attraktiver werden. Zudem werden die rechtlichen Bedingungen der beruflichen Pflegeausbildung verbessert und an aktuelle Entwicklungen angepasst. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 2./3. Lesung.

Im parlamentarischen Verfahren konnten wir erreichen, dass hochschulisch ausgebildete Pflegekräfte künftig einige Tätigkeiten übernehmen dürfen, die derzeit noch Ärzt*innen vorbehalten sind. Das ist ein wichtiger Schritt zur Aufwertung des Berufes.

WEITERE REGELUNGEN:

- Der Anspruch auf Kinderkrankengeld auf 15 oder 30 Tage (für Alleinerziehende) wird bis 2025 verlängert.
- Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln
- Ausweitung ambulanter Behandlungen, die bisher unnötig stationär erbracht wurden (durch sogenannte Hybrid-DRG).
- Selbstständige, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, werden vor zu hohen Versicherungsbeiträgen geschützt, wenn die Steuererklärung nicht nachgereicht wurde.



PLANSPIEL DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION ERNEUT GROßER ERFOLG

JUGENDLICHE MACHEN POLITIK

Drei Tage lang haben Jugendliche aus ganz Deutschland an dem Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teilgenommen und hautnah erlebt, wie Politik funktioniert – und wie viel Spaß Politik machen kann. Aus meinem Wahlkreis mit dabei: Kepiaya – Schülerin des Kasseler Goethe-Gymnasiums.

Am vergangenen Sonntag reisten rund 90 Nachwuchspolitiker*innen nach Berlin, um Politik mitzugestalten. Sie bildeten ihre eigene Fraktion, wählten ihren Fraktionsvorstand und erarbeiteten unter engagierten Debatten ihre Anträge in einer der fünf Arbeitsgruppen.

Die Planspieler*innen haben an den drei Tagen genauso gearbeitet, wie wir „echten“ Abgeordneten es auch tun. Ich freue mich besonders darüber, dass wir so viele junge, engagierte Menschen in Berlin erleben durften und uns von ihnen inspirieren lassen konnten.

Denn die Arbeit der Teilnehmenden wurde auch den tatsächlichen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion präsentiert. Gemeinsam mit den Jugendlichen diskutierten sie über ihre politischen Ideen zur Lebensmittelkenn-

zeichnung, zur Förderung der Mobilität im ländlichen Raum, zur Bekämpfung von Hasskriminalität sowie zur ausgewogenen Nutzung Sozialer Medien mit Blick auf die Jugendgesundheit. Außerdem berieten sie darüber, ob die Auswirkungen der Klimakrise zukünftig als Kriterium bei der Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten berücksichtigt werden kann.

Abschließendes Highlight war ein Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, MdB, der die Jugendlichen ermutigte, sich auch zukünftig einzumischen und sich für unsere Gesellschaft und Demokratie einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete zum sechsten Mal ein solches Planspiel in realitätsnahe Format – als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag.





KURZ NOTIERT

1 Lobbyregister: Mehr Transparenz bei politischer Interessenvertretung

Seit dem 1. Januar 2022 gibt es das Lobbyregister, in dem sich alle Lobbyist*innen registrieren müssen, die Kontakt mit dem Bundestag oder der Bundesregierung aufnehmen. Wir haben es noch in der Großen Koalition, nach langem Widerstand der CDU/CSU-Fraktion, eingeführt. Es ist online auf der Seite des Deutschen Bundestages für alle zugänglich. Im Oktober 2023 waren 6.082 Interessenvertretungen dort registriert.

Wir haben seit dem Inkrafttreten die Rückmeldungen der Betroffenen und der Zivilgesellschaft sowie die Erfahrungen aus der Praxis ausgewertet. In dieser Woche berieten wir nun einen Gesetzentwurf von uns Koalitionsfraktionen abschließend, der das Lobbyregister verschärft und Lücken schließt.

Künftig müssen Interessenvertreter*innen angeben, um welches konkrete Gesetzgebungsvorhaben es ihnen geht. Auch müssen sie die Kernpunkte ihrer Forderungen darlegen. Sind mehrere Interessenvertreter*innen beauftragt, ein Thema zu verfolgen, wird künftig klarer sein, wer hinter dem ursprünglichen Auftrag steckt. Registriert werden müssen künftig auch schon Kontakte zur Referatsleitungsebene von Ministerien. Offengelegt wird ebenfalls, wer als Mandats- und Amtsträger*in zu Lobbytätigkeiten wechselt (sog. „Drehtüreffekt“).

Umfassende Angaben zur Finanzierung können künftig nicht mehr verweigert werden. Hierbei haben wir den Hilferuf von Wohlfahrtsorganisationen aufgenommen, die durch zu strenge Regelungen für die Veröffentlichung von Spendernamen einen Rückgang ihres Spendenaufkommens befürchten: Zuwendungen sind künftig anzugeben, wenn

sie 10.000 Euro pro Kalenderjahr und Spender*in übersteigen – und zugleich mehr als 10 Prozent des Gesamtspendenaufkommens ausmachen.

2 Inflationsausgleich für Betreuer*innen

Betreuer*innen unterstützen Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht oder nur begrenzt selber regeln können. Sie arbeiten selbständig, ehrenamtlich und in Betreuungsvereinen und leisten tagtäglich wichtige Arbeit. Dafür müssen sie angemessen vergütet werden.

Die Inflation stellt sie (und insbesondere Betreuungsvereine, die tariflich bezahlen) vor Probleme. Diverse Betreuungsvereine können nicht mehr kostendeckend arbeiten. Einige haben ihre Tätigkeit bereits eingestellt. Können die Betreuungen in einer Region nicht mehr sichergestellt werden, müssten die Kommunen einspringen. Um eine nachhaltige Beschädigung des Betreuungswesens in Deutschland zu verhindern, bringen wir einen Inflationsausgleich auf den Weg. Den entsprechenden Gesetzentwurf von uns Koalitionsfraktionen berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Vorgesehen ist eine Sonderzahlung, um die höhere Belastung aufgrund der Inflation abzufedern. Diese Zahlungen sollen Betreuungsvereine, selbständige berufliche Betreuende und auch ehrenamtliche Betreuende erhalten. Für berufliche Betreuende soll die Inflationsausgleichs-Sonderzahlung von Anfang 2024 bis Ende 2025 monatlich in Höhe von 7,50 Euro pro Betreuung und Monat ausgezahlt werden. Für Ehrenamtliche soll die Sonderzahlung 24 Euro pro Jahr und pro geführter Betreuung betragen. Außerdem wird das Betreuungsorganisationsgesetz geändert: Eignung und Zuverlässigkeit ehrenamtlicher Betreuer*innen soll künftig einfacher geprüft werden.

Das Vergütungssystem wurde 2019 bereits angepasst, es soll zudem bewertet werden: Das Bundesministerium der Justiz will Ende 2024 die Ergebnisse vorlegen. Auf deren

» Fortsetzung auf der nächsten Seite



KURZ NOTIERT

Grundlage soll dann entschieden werden, ob die Vergütung weiter angepasst wird. Allerdings hat sich die Lage nun durch die starke Inflation seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine entscheidend verändert und dieses schnellere Handeln und Abfedern erforderlich gemacht.

3 Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang mit Cannabis

Verbote und Kriminalisierung haben ausdrücklich den Cannabiskonsum nicht verringert. Deshalb werden wir durch einen neuen Umgang mit Cannabis Aufklärung und Prävention stärken und Menschen nachhaltig schützen. Wir werden die Aufklärungsarbeit vor allem für junge Menschen intensivieren, um Konsum besser zu verhindern. Eine Abgabe von Cannabis an unter 18-Jährige bleibt untersagt.

Konkret ist geplant, den Anbau von bis zu drei Cannabis-Pflanzen daheim und zum Eigenkonsum sowie den nicht-gewerblichen Eigenanbau in Vereinigungen oder Genossenschaften (sogenannten Cannabis Clubs) zu ermöglichen. Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und müssen umfassende gesetzliche Vorschriften einhalten. Cannabis darf nur an volljährige Mitglieder der Clubs weitergegeben werden.

Laut Entwurf soll Cannabiskonsum in einem Umkreis von 200 Metern zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spielplätzen sowie in Sportstätten nicht gestattet und strafbewehrt sein. Es sind zudem Mengen-, Qualitäts- sowie Kinder- und Jugendschutzvorgaben geplant, die die Behörden kontrollieren werden. Für Cannabis oder die Cannabis Clubs soll auch nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen.

Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis ist künftig für

Erwachsene außerhalb von Cannabis Clubs straffrei. Für 18- bis 21-Jährige gelten strengere Regeln, etwa ein geringerer THC (Tetrahydrocannabinol)-Gehalt und eine geringere Abgabemenge pro Monat durch die Cannabis Clubs.

Nach vier Jahren soll das Cannabisgesetz mit Blick auf gesellschaftliche Auswirkungen bewertet werden. Regionale Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten sind in einem separaten Gesetzesvorhaben geplant. Im parlamentarischen Verfahren wollen wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Sinne seiner grundsätzlichen Ziele weiter stärken. In dieser Woche berieten wir ihn in 1. Lesung.

4 Verfassungstreue von Richter*innen sicherstellen

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Richter*in darf nur werden, wer zweifelsfrei und jederzeit für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt. Dieser Pflicht zur besonderen Verfassungstreue unterliegen selbstverständlich nicht nur hauptamtliche, sondern auch ehrenamtliche Richter*innen, also Schöff*innen.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen im Richtergesetz wird die Verfassungstreue von ehrenamtlichen Richter*innen als gesetzliches Muss verankert. Das hebt diese Pflicht und ihre besondere Bedeutung besonders hervor. Es soll deshalb erstmals ein zwingender Berufungsausschluss-Grund geschaffen werden, wenn Zweifel an der Verfassungstreue bestehen (eine „Muss-Regelung“). Kommen diese während der Tätigkeit auf, muss die Person zwingend abberufen werden.

Bei hauptamtlichen Richter*innen soll ein Disziplinarverfahren wegen eines schuldhaften Fehlverhaltens gleichzeitig zu einer Versetzung in ein anderes Richteramt oder in den Ruhestand durchgeführt werden können. Bisher fehlt eine gesetzliche Bestimmung dazu. Wir berieten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in dieser Woche in 1. Lesung.



AUS DER PRESSE / HNA – 20.10.2023

„Das Wahlergebnis ist ein deutliches Signal“

INTERVIEW Nordhessens SPD-Chef Timon Gremmels über die tiefe Krise seiner Partei

VON MATTHIAS LOHR

Kassel – Nach der historischen Pleite bei der Landtagswahl ruft der nordhessische SPD-Chef Timon Gremmels (47) seine Partei zur Einheit auf. Im Interview warnt der stellvertretende Landes-Chef vor „separatistischen Kämpfen“. Die Sozialdemokraten hätten einen Denkkzettel verpasst bekommen, weshalb sie sich „personell, inhaltlich und strukturell perspektivisch neu aufstellen müssen“.

Zwei Wochen vor der Landtagswahl waren Sie beim Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Buntatal sehr optimistisch und prophezeiten, die SPD werde „Umfragesiegerbezieger“. Ganz ehrlich: Haben Sie das damals wirklich geglaubt?

Ja, aber wir wussten natürlich, dass es schwierig wird. Ein Wahlkampf dauert jedoch immer bis Sonntag, 18 Uhr. Bis dahin geht es darum, die Menschen zu motivieren, SPD zu wählen. Wir haben das bei Oliver Ulloth gesehen, dem im Wahlkreis Kassel-Land I nur 23 Stimmen fehlten. Das zeigt: Es kam wirklich auf jede Stimme an.

Hätten Sie sich jemals vorstellen können, dass die hessische Wahlkreislandkarte bis auf drei grüne Ausnahmen komplett schwarz werden könnte?

Nein, das war unvorstellbar für mich. Vor zehn Jahren habe ich meinen Wahlkreis mit 47 Prozent direkt gewonnen, jetzt geht er an die CDU. Selbst im roten Nieste sind die Christdemokraten stärkste Kraft geworden. Das Wahlergebnis ist ein deutliches Signal. Die Menschen fühlen sich von uns nicht ausreichend vertreten. Ob der VW-Arbeiter, die Krankenschwester oder die Supermarktkassiererin – viele haben nicht mehr das Gefühl, dass wir uns um ihre Themen kümmern. Das ist nicht nur ein kommunikatives Problem. Wir müssen auch inhaltlich nachlegen. Mehr Sicherheit und Entlastung für die hart arbeitenden Menschen – auch wenn die SPD geführte Bundesregierung gerade in der Energiekrise viel für die Normalverdiener getan hat.



ZUR PERSON

Timon Gremmels

Geboren: am 4. Januar 1976 in Marburg
Ausbildung: Abitur an der Herderschule, Studium der Politik- und Rechtswissenschaften, Friedens- und Konfliktforschung in Marburg
Karriere: SPD-Eintritt 1992. Von 2009 bis 2017 war Gremmels Landtagsabgeordneter. Seit 2017 ist er Mitglied des Bundestages, wo er

hessischer Landesgruppenchef und energiepolitischer Koordinator seiner Fraktion ist.

Privates: Gremmels ist mit seinem Partner verheiratet und lebt in Niestetal-Sandershausen.

Das Bild: Das Foto zeigt Gremmels mit SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser beim Wahlkampfabschluss am 7. Oktober in Marburg. mal

FOTO: CHRISTIAN LADEMANN/DPA

Auffallend ist, dass die SPD gerade im ländlichen Nordhessen viele Stimmen an die AfD verloren hat. Haben Sie den Unmut über die Migrationspolitik unterschätzt?

Man macht es sich zu leicht, wenn man das Wahlergebnis auf nur einen Grund zurückführt. Es gibt viele Faktoren: Das Heizungsgesetz wurde völlig falsch angepackt. Als Energiepolitiker habe ich mit dafür gesorgt, dass es deutlich entschärft wurde. Trotzdem nehmen viele Menschen es weiterhin als Bedrohung wahr. Dazu kommen die Sorgen wegen steigender Preise um die eigene Existenz. Aber auch das Thema Migration, die aus Sicht vieler zu wenig gesteuert wird, war ein Thema an den Infoständen.

Welche Rolle spielte der parteiinterne Streit und der beispiellose Machtverlust der Kasseler SPD bei dieser Wahl?

Der Streit rund um die OB-Wahl hat nicht gerade geholfen. Allerdings haben wir auch in Städten wie Frankfurt oder Darmstadt, wo wir zuletzt bei den OB-Wahlen noch souveräne Wahlsiege eingefahren haben, nun keinen Direktkandidaten mehr gewonnen. Es wäre also auch ohne den Streit in Kassel sehr schwer geworden. Ministerpräsident Boris Rhein hat sich zurücklehnen können. Die CDU hat einen reinen Oppositionswahlkampf gegen die Ampel in Berlin geführt. Dabei ist die Bilanz der Landesregierung durchaus kritikwürdig. Bis zum Ende hat der CDU-Kultusminister beispielsweise nicht öffentlich gemacht, wie viele der vorhandenen Lehrerstellen in Hessen besetzt sind.

War Nancy Faeser die falsche Spitzenkandidatin? Als Innenministerin steht sie für Themen, mit denen man im Wahlkampf nur

schwer punkten kann, weil man oft in der Defensive ist.

Nein, sie ist im Februar in Friedewald einstimmig nominiert worden. Es war völlig richtig von ihr, zu kandidieren. Sie hat viel landespolitische Erfahrung und den größten Bekanntheitsgrad in der hessischen SPD. Allerdings war es schwer zu vermitteln, dass sie einerseits Innenministerin in Berlin und andererseits Wahlkämpferin in Hessen ist. Und in der Endphase des Wahlkampfs haben wir auch Fehler in der Kampagne gemacht. Die Flüchtlingsfrage hat alles überlagert. Hätte die Bilanz von 25 Jahren CDU-geführter Landesregierung im Vordergrund gestanden, hätten wir ein deutlich besseres Ergebnis einfahren können.

Welche Rolle wird Faeser jetzt noch spielen können? Frankfurts SPD-Chef Kolja Müller fordert, sie soll

nicht mehr Landesvorsitzende sein. Die Jusos wollen den Rücktritt von Fraktionschef Günter Rudolph und von Generalsekretär Christoph Degen.

Das Wahlergebnis haben wir gemeinsam zu verantworten, nicht eine Person. Es ist aber auch ganz klar, dass wir im Wahlkampf in fünf Jahren mit einem anderen Team antreten werden. Jetzt gilt es, den Übergang zu gestalten. Nebenbei müssen wir schonungslos aufarbeiten, welche Fehler wir gemacht haben.

Ich halte nichts davon, sich in der Opposition zu erneuern. In Hessen tun wir das schon seit 25 Jahren.

Ist der 67-jährige Günter Rudolph aus Edermünde der richtige Mann für diesen Übergang?

Günter Rudolph hat knapp 30 Jahre Erfahrung im Landtag und ist ein großes rhetorisches Talent. Zudem war er unser nordhessischer Spitzenkandidat. Er ist Teil des Teams.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder sagt, die hessische SPD sei programmatisch und personell ausgebrannt, die Parteiorganisation im Wahlkampf sei grottenschlecht gewesen. Hat Ihr Parteikollege recht?

(lacht) Er hat dies ja nicht als SPD-Mitglied gesagt, sondern als Wissenschaftler mit guten Kenntnissen der örtlichen Strukturen. Ich glaube, dass wir uns personell, inhaltlich und strukturell perspektivisch neu aufstellen müssen. Die SPD hat längst nicht mehr so viele Mitglieder wie noch zu Zeiten von Hans Eichel. Nur ein Beispiel: Während wir diskutieren, wo welches Wahlplakat aufgestellt wird, erreichen die anderen ihre Wähler bei TikTok oder Telegram, wo wir gar nicht stattfinden.

Werden Sie künftig eine noch gewichtigere Rolle einnehmen?

Ich bin nordhessischer Bezirksvorsitzender, stellvertretender Landesvorsitzender und Sprecher der 15 hessischen SPD-Bundestagsabge-

ordneten. Das sind schon sehr gewichtige Funktionen, mit denen ich meinen Beitrag leisten werde. Das geht aber nur als Team. Ich kann nur jeden warnen, separatistische Kämpfe vom Zaun zu brechen. Sonst landen wir auf dem Niveau der SPD in Bayern. Wir brauchen jeden, um die SPD zu erneuern. Die Wähler haben uns einen Denkkzettel mit auf den Weg gegeben. Mit dem müssen wir uns beschäftigen und keine Nabelschau betreiben. Das Wählerpotenzial ist da, wir müssen die Menschen mit den richtigen Themen zurückgewinnen.

Die CDU hat auch mit der SPD Sondierungsgespräche geführt. Würden sich die Sozialdemokraten als Juniorpartner einer mächtigen CDU nicht noch weiter schwächen?

Es kommt auf die Inhalte an. Wir sind gewählt worden, um Inhalte durchzusetzen. Und jetzt besteht die Chance, zu gestalten. Ich sehe genügend Schnittmengen mit der CDU – etwa bei der Stärkung des ländlichen Raums, den Kommunalfinanzien oder Infrastrukturprojekten.

Das klingt, als würden Sie mit der CDU buhlen.

Wir führen die Gespräche selbstbewusst mit erhobenem Haupt. In der Regierung zu gestalten ist immer besser, als Opposition zu sein. Ich halte nichts davon, sich in der Opposition zu erneuern. In Hessen tun wir das schon seit 25 Jahren. Es gibt genügend Beispiele, dass man auch als Juniorpartner gestärkt aus einer Koalition hervorgehen kann.

Vor ziemlich genau drei Jahren fragten wir Sie, ob die SPD am Ende sei. Sie verneinten damals. Ist das Ende der SPD jetzt nah?

Die hessische SPD ist in einer ihrer schwersten Krisen. Aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass man Wähler zurückgewinnen kann. 2003 haben wir nur noch zwei nordhessische Landtagsmandate gewonnen. Fünf Jahre später waren wir wieder da. Die Wählerbindung ist bei allen Parteien nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit. Wir können das hinführen, aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen.

» [Hier](#) können Sie das Interview online lesen.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE

Waldauer Entenkirmes

Am vergangenen Sonntag war ich mit beim Umzug der Waldauer Entenkirmes dabei – zusammen mit den Kasseler Genoss*innen-



Landeskonzferenz der hessischen Jusos

Auf der Landeskonzferenz der hessischen Jusos habe ich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen und Vorsitzenden der SPD Hessen-Süd Kaiweh Mansoori Sophie Frühwald verabschiedet und ihr für vier Jahre Landesvorsitz gedankt.



Marcel Brückmann tritt erneut an

Marcel Brückmann, Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde Niestetal, macht sich dran, erneut zum Bürgermeister gewählt zu werden. Ich drücke ihm die Daumen für eine zweite Amtszeit!



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
☎ 0561 – 700 10 52

✉ buero@timon-gremmels.de
🏠 www.timon-gremmels.de



TimonGremmels
@gremmels
BlueSky @timon.gremmels.bsky.social